



Wochentäglicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl. Porto 2 Thlr. 11½ Gr. Abonnement für den Raum einer einzigen Zeile in Petitformat 1½ Gr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Beftellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 142. Mittag-Ausgabe.

Sechsundvierzielter Jahrgang. — Verlag von Eduard Krewendt.

Freitag, den 24. März 1865.

## Preußens.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

#### 26. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (23. März).

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung 10 Uhr 20 Min. Am Ministerische die Herren v. Bodschwingh und v. Roon und die Reg.-Commissare Geh. Rath Möller und Major Hartmann.

Präsident Grabow. Des Königs Majestät haben gestern zugleich mit dem Präsidenten des Herrenhauses die Präsidenten dieses Hauses zu allerhöchst Ihrem Geburtstage zu empfangen und die in Ihrem Auftrage überbrachten Glückwünsche entgegenzunehmen und auf dieselben huldvoll zu danken geruht. Unter den geächtlichen Mitheilungen verliest der Präsident einen Schreiben, worin der Abg. Röbken seine heutige Abwesenheit Angesichts der wichtigen Verhandlung in Folge seines Unwohlseins lebhaft bedauert und den Präsidenten erucht, das Schreiben dem Hause mitzuteilen.

Vor der Tagesordnung liegt der Finanzminister v. Bodschwingh einen Gesetzentwurf d. d. 20. d. M. vor, durch welchen die Regierung ermächtigt werden soll, in dem mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag diejenigen Eingangsabfälle, welche nach den Bestimmungen des dem Separatertreates zum Zollvereinvertrage v. 28. Juni 1814 beigelegten Vereinssolitarii, erst mit dem 1. Januar 1865 treten sollen, schon vom 1. Juli 1865 ab in Wirtschaft zu setzen. Der Gesetz-Entwurf wird den vereinigten Commissionen für Handel und Finanzen überwiesen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein, in die Special-Diskussion der 6. Anträge der Budget-Commission, von denen I.—III. zusammen, IV. V. VI. einzeln beraten werden sollen. Außer den betannten Anträgen Waldeck's und Birchom's ist heute noch ein Antrag des Abg. v. Bendix eingereicht worden (ansatz: Nr. IV. der Commission): die Erwaltung auszuweichen, daß die Regierung möglichst bald die Befestigung des Zuflages bei den Gerichtsstätten, die Heraufzogung des Briefporto's und die Aufzogung des Salzmoneps in Angriff nehmen möge. Die Reihe der Abstimmungen soll mit dem vom Abg. Wagener beantragten motivirten Tages-Ordnung beginnen, da ihre eventuelle Annahme die 6 Anträge beseitigen würde. Querst erhält das Wort der Abg. v. Tettau. Der Infragestellung der Militär-Reorganisation fehlen wir entgegen die Auffassung des Berufes des Großstaats, welche der Abg. Birchom hier dargelegt hat. Wenn wir Preußens Machtstellung als Großstaat so in das Auge fassen, ja dann müssen wir die Reorganisation der Armee als das erste und Notwendigste erachten, der tatsächlich alles Überige unterzuordnen ist. Niemand kann bestreiten, daß die Reorganisation unerlässlich ist; der Unterschied zwischen Ihnen und der Regierung besteht darin, daß die Regierung sagt, es sind die erforderlichen 41 Millionen Thaler flüssig, und Sie sagen, die Mittel sind nicht flüssig. Sie schlagen den Kosten der Reorganisation zu gering an, wir bedürfen ihrer zur Sicherung unserer Grenzen, wir sparen unzählige Opfer an Menschenleben; der Nutzen für Freiheit und Unabhängigkeit, den wir darnach erreichen, wird von Ihnen nicht in Ansatz gebracht.

Was sind dagegen einige Millionen, die man im Frieden mehr ausgibt? Sie verlangen eine Sold erhöhung für Unteroffiziere und Gemeine. Dafür sind wir auch, aber wir vertrauen der Regierung, daß Sie dies Bedürfnis zu geeigneter Zeit schon befriedigen wird, wir kennen die väterliche Sorgfalt, welche Se. Majestät der König jedem einzelnen Manne in der Armee zunennt. Wenn Sie wollen, daß die Regierung ohne ein Nachgeben, ohne der vollen Wehrkraft zu nahe zu treten, diese Erhöhungen einzutreten lassen solle, dann wollen wir gern bestimmen. Was erwart werden soll, wollen Sie möglichst Zwecken zuwenden, für welche wir kein Geld, sondern nur ein warmes Herz haben, nun, uns scheinen die staatlichen Rücksichten höher, wir können Ihnen da nicht bestimmen, dem zweiten Antrag daher gar nicht, dem dritten nur bedingt beitreten. Dabei haben wir denn auch den Übergang zur Tagesordnung für das Zweckmäßige gehalten, ohne uns Illusionen darüber hinzugedenken, daß Sie diese Ansicht teilen.

Abg. Immermann: Ich gedenke nur auf die Frage der Beamtengehalte einzugehen, die allein von einem Punkte abhängt: vom Mietthungen. Ich will auf Grund meiner Erfahrungen nur über die Verbesserung der Lage der Subaltern- und Unterbeamten sprechen, deren Notstand ein schreiende und zunächst dringend eine Erhöhung, namentlich der Mittelfäße, erheischt, wenn diese Leute leben sollen. Der jetzige Notstand ist gefährlich. Beamte werden sich immer mehr von den Beamten-Laufbahnen abwenden und die jetzigen Subalternbeamten werden genötigt, sich Nebenbeschäftigung zu zuwenden, welche den Dienst stören und die Integrität der Beamten leicht gefährden können. Ich beschönige mich darauf, Ihre Blicke auf das Glied der Justiz-Unterbeamten zu lenken, welches ich aus eigener Erfahrung kenne, auf die Lage der Boten und Sekretäre, welche überwiegend auf ein Jahr gehalt von 200—250 Thlr. hingewiesen sind; wie kann und soll man damit leben? In den Unterstützungsbehörden, welche mir zahlreich zu Gesicht kommen, spezifischen diese armen Leute Posten für Posten ihre Ausgaben, und da bleibt denn eine Summe, die kaum für die dringendsten Lebensmittel ausreicht.

Die Leute müssen sich in Schulden stürzen und belausen sich diese leichtere nur auf 10—15 Thlr., so werden sie von dieser Last doch beinahe erdrückt, namentlich gegenüber den schweren Bestimmungen über das Schuldenmaßnahmen der Beamten, gegenüber dem Umstade, daß der Unterstützungsfordrung für dringende Unglücksfälle vorhanden ist, nicht für das generelle, täglich wiederkehrende Unglück durch die geringe Besoldung. Täglich müssen diese armen Menschen über Land bei Wind und Wetter, Sturm und Regen, ihr einziger Begleiter ist die zehrende Sorge um das tägliche Leben, und bei der Heimkehr finden sie keine nabhabte Kost, keine durchwärmte Stube. Wie leicht führt dies zu schlimmen Gedanken, wie leicht tritt da die Versuchung herein, die Summen, welche den Leuten oft anvertraut sind, anzutasten? Dies führt sie in die Hand des Strafrichters, zur Tassation. Die Seltenheit solcher Fälle beweist nur den treulichen Sinn, die Ehrenhaftigkeit und Pflichttreue, welche auch in dieser untersten Kaste der preußischen Beamten zu finden ist. Wird sich aber diese Widerstandsfähigkeit bei fortwährender Not erhalten? Es ist mindestens sehr bedenklich, wenn die Regierung da noch experimentiert!

Nun läge es sehr nahe, einen Seitenblick auf die Höhe der Ausgaben des Militär-Etats zu werfen, ich will das aber unterlassen, ich möchte im Interesse der Leute, für welche ich hier spreche, jede oppositionelle Schärfe vermeiden. Ja, ich werde mich sogar vertrauensvoll auch an diese Regierung, denn die Regierung kennt diese Not und ich möchte, daß sie nicht abgärt, sie zu lindern. Ich glaube, daß selbst der Herr Kriegsminister mit dieser Not sympathisiert; treten ja doch alle diese Leute aus der Armee in den Civildienst über, er würde also unmittelbar für die Armee sorgen, wenn er sich ihren annehme. Jeder Beamte im ganzen Staate wird diese meine Anführungen bezeugen, und ich kann nur noch einmal auf schlechte Abhilfe der Not dieser Menschen dringend hinweisen, damit sie ehrliche Leute bleiben können! (Beifall.)

(Darauf spricht Herr Reg.-Commiss. Geh. R. Moelle, nach welchem Präs. Grabow die Debatte wieder aufnimmt; es folgen v. Bonin und Niemann. Wir theilen diesen Abschnitt der Discussion im Morgenbl. mit, um Raum zu gewinnen für die wichtigeren Reden des Kriegsministers u. s. w.) Nach Niemann folgt:

Abg. Stavenhagen: Der Herr Vorredner hat drei Wege bezeichnet, auf denen eine Verständigung mit der Regierung zu erreichen ist. Der erste dieser Wege ist aber gerade der, den die Budget-Commission eingeschlagen hat. Der Antrag 2 der Commission verlangt eine wesentliche Umgestaltung und Erhöhung des Militär-Etats. Damit bin ich vollständig einverstanden. Der Militär-Etat laboriert nicht nur an einem Juwel im Präsenzstande, sondern auch an einem Juwel in vielen anderen Dingen. Nach meiner Überzeugung leben wir an einem Uebermaß der Zahl der höheren Offiziere, an einer unzweckmäßigen Eintheilung der Armee. (Zustimmung.) Ich erinnere an den letzten Krieg; die Herren Divisions-Commandeure hätten häufig zu Hause bleiben können, sie sind ganz überflüssig und man hat kaum etwas von ihrem Dasein gehört. Eine Verminderung des Präsenzstandes der Armee ist notwendig und es ist außäfflich, daß die Regierung trotzdem das Haus dies schon mehrerenmal ausgeprochen, in dem vorliegenden Etat in dieser Beziehung noch höhere Anforderungen macht, als früher. Ich muß gestehen, daß mich das auf das höchste überrascht hat, und ich habe mich gefragt: nachdem die Staatsregierung von Entgegenkommen und Verständigung so

viel gesprochen hat, ob dies etwa der erste faktische Schritt dazu sein sollte? (Hört! hört!) Die Thronrede sagt, daß die bisherige Einrichtung der Armee sich bewährt habe. Ja, die bisherige Einrichtung der Armee war faktisch die, das noch kein Soldat vor drei Jahren gedient hat.

Wenn also diese Einrichtung sich bewährt hat, warum will man, nach erfolgreichem Kriege sie abändern, warum will man nicht daran festhalten und nun mit einemmal die Dienstzeit verlängern? (Sehr richtig!) Kein Soldat ist in Schleswig geneßen, der 3 Jahre gedient hat und nun sollen alle diese Soldaten nicht mit zwei Jahren entlassen werden. M. H. Ich glaube, daß, nachdem unsere Soldaten den Krieg durchgemacht haben, dies die Sache mehr gefordert hat, als der dreijährige Dienst in der Garnison und auf dem Exerzierplatz und die Regierung hätte alle Veranlassung, die Soldaten, die den Krieg mitgemacht, sämtlich zu entlassen. — Wenn der Kriegsminister sagt, daß das nicht möglich sei, weil alsdann die Cadres nicht mehr vorhanden wären, dann sage ich, wenn die jetzige Regierung solchen Schritt nicht erlaubt, dann ist sie ganz wirkungslos. (Zustimmung.) Es ist dann gesagt worden, daß auch die politische Frage, die Stärke der Armeen anderer Länder, in Betracht gezogen werden müsse. Wenn der Vorredner gesagt, daß die nothwendige Stärke hätten, dann sage ich, wenn die jetzige Regierung solchen Schritt nicht erlaubt, dann ist sie ganz wirkungslos. (Zustimmung.)

Es ist dann gesagt worden, daß auch die politische Frage, die

und diese Fortbildung wird noch meiner Überzeugung nach zum weiteren Segen gereichen für das Land. — Ich bin allerdings, wie der Vorredner angeführt hat, der Meinung, daß man ein Institut aus politischen Rücksichten nicht tadeln könne, wenn man nicht in der Lage ist, es durch ein besseres zu ersetzen. Aber ausgesprochen habe ich das bisher noch nicht, wie ich glaube, und ich accepte daher auch nicht die, wie mir scheint, mit etwas zu viel Pathos vorgebrachten Ermbauungen des Vorredners. — Ich kann nicht umhin, hier noch einmal auf den Vortrag des Herrn Referenten zurückzukommen, um in Bezug auf den Punkt 3 diejenigen Ansichten auszusprechen, die ich für wesentlich und nothwendig erachte. Der Referent sagt und wirft mir vor, ich habe die Neuverfassungen einzelner Abgeordneten für hinreichend erachtet, um die Verabschiedungseinlichkeit zu prognostizieren. Er hat dabei wohl übersehen, daß diese Neuverfassungen gekommen sind aus dem Munde von Abgeordneten, denen man hier so gut, wie im Publikum einen leider sehr bedeutungsvollen Einfluß auf die Entscheidungen der Majorität zugesetzt. Diese werden ja überbauppt — das ist doch keine Frage — in der Regel nicht hier verankert, sondern schon in Fraktionsberathungen, die den öffentlichen vorangehen, so daß diese öffentlichen gewissermaßen nur der glänzende Mantel sind, um jene zu verbüllen. Es war also nach meiner Auffassung doch wohl nicht zu tadeln, daß ich annahm, jener Einfluß werde auch in dieser sogenannten Verabschiedung und Compromissfrage (Sensation) wiederkehren.

Diese Annahme war um so gerechtfertigter, als sich bisher von keiner Stimme innerhalb der Parteien der Majorität auch nur ein leiser Versuch erhoben hat, solchen Anschauungen entgegen zu treten. Der Herr Referent hat daher, wie mir scheint, nur die Gelegenheit wahrgenommen, um die objektiv jedensfalls ungerechtfertigte Behauptung auszusprechen, daß die Regierung ihren Glauben an die Bedeutung jener Ausdrücke nur vorschreibe, um damit ihre eigene Unverschämtheit zu verbüllen, um dem Lande sagen zu können, die Schule des Fortdauer des Conflicts liegt nicht an ihr, sondern am Abgeordnetenhaus. (Sehr wahr, sehr richtig!) M. H., um zu erkennen, daß die versöhnlichen Tendenzen innerhalb der Majorität dieses Hauses keineswegs so durchschlagend sind, wie versichert wird, daß bedurfte es nicht jener Neuverfassungen, die gefallen sind, wie die mit diesem Ministerium keine Verbindung! Dazu darf die Regierung sich nur erinnern an die letzten Jahre der Vergangenheit. Der Conflict ist gemacht, die Kraft ist erweitert und vertieft, und, nachdem ursprünglich gewissermaßen nur über eine technische Frage Meinungsverschiedenheiten waren, hat das Abgeordnetenhaus seit den Neuwahlen von 1862 neue Ursachen des Conflicts hervorgebracht. Die Verhandlung über die Anträge des Vorberichts beweisen am besten, daß der Klimax, dieser vererbliche Klimax, sich möglicherweise bis ins Unendliche fortsetzen und steigern kann, — beweisen, daß der Arm des Hebels, mit dem die Fortschrittspartei oder ihre Führer den geleglichen verfassungsmäßigen Rechtszustand im Lande zu verändern trachten (lautes Murmeln und Widerspruch), immer länger wird (Hoh!), ich fürchte, m. H., so lang bis er bricht (Große Unruhe).

Allso mit scheint, es bedurfte der Neuverfassungen gar nicht, um den Vertrauensmangel zu motivieren, den der Herr Referent als unbegründet bezeichnet hat. Dieser Vertrauensmangel, muß ich her vorheben, den die Regierung empfindet, denen gegenüber, die dem Vorbericht in seinen Anträgen materiell abdrücken. — er bezieht sich natürlich nicht auf die übrigen. Da: um legt die Regierung mit Recht einen entscheidenden Werth auf das Votum, was in Bezug des Berichts-Anträge in diesem Hause abgegeben werden wird. Herr v. Borckenhoff hat ganz Recht, wenn er sagt, daß dieser Vorbericht dem Hause noch nichts zu bedeuten hätte, er sei noch nicht zum Besluß erhoben, es solle eben darüber noch diskutirt werden; er hätte hinzufügen können, daß selbst, wenn die Anträge zum Besluß erhoben wären, so würden sie immerhin noch keine Consequenz haben für unser Staatsleben (Staats-), für die Fortdauer unseres Staatsdaseins, für die Aufführung des Staats —; wenn aber das Votum dahin geht, daß die Anträge angenommen werden, so hat die Regierung darin offenbar ein Zeichen, ein sehr bedeutungsvolles, ein nicht zu verkennendes Zeichen, wohin die Majorität dieses Hauses zielt (Unruhe); und das ist eben nichts anderes, als Machtweiterung für das Haus (Murmen und Widerspruch). Verkürzung des verfassungsmäßigen Rechts des Abgeordneten und seiner Regierung (Widerspruch). Meine Herren! Ich möchte wissen, wie anders etwa der Antrag VI. zu verstehen ist, und ich glaube mich in dieser Beziehung nicht zu irren. Ich will nicht sagen, wie ein Beginnen mit solchen Zielen außerhalb des Hauses beurtheilt werden würde.

Im Hause sind ja die Herren nach der Verfassung zu alledem berechtigt, was die Regierung bereitwillig anerkennt; aber nichts weniger empfindet sie auch die Verpflichtung, einem solchen Beginnen entgegenzutreten. Die Herren haben den Vorbericht als einen Hinweis bezeichnet, auf welchem Wege die sogenannte Verabschiedung zu finden sei, d. h. die Herren haben gewisse Anträge gestellt und wollen damit zu verstehen geben, wenn die Regierung sich diesen Anträgen unterstellt, so werden wir darin ein Pfand haben, daß sie mit uns Frieden haben will. M. H., das heißt nichts Anderes, als die Regierung sollte sich den Bestrebungen nach Machtweiterung, nach Veränderung unseres verfassungsmäßigen Zustandes unterwerfen, (Lauter Widerspruch.) M. H., das wäre nicht getragen! Man gibt uns den Rat, diese Pläne zu räumen, um uns den sachen Pflichten des Präsidenten hinzugeben. Jeder Unbefangene wird begreifen, daß das wirklich ein sehr freundschaftlicher Rat ist, wie man dergl. zu nennen pflegt. (Heiterkeit!) Sein Beschluss würde ja dem Präsidenten der Einzelnen vollständig entsprechen. Ich glaube das mit Grund annehmen zu können. Wer die Weisheit des Ministers des Ministeriums einmal geflossen hat, der wird sehr leicht zu der Meinung kommen, daß es sich überall weicht.

Aber, m. H., darauf kommt es gar nicht an, sondern darauf kommt es an, daß sein Ehemann eine ihm obliegende Verpflichtung aufgelegt und in die Scandie holdt, ohne sicher zu sein, daß er sie Hände übergeben kann, in denen dieser Verpflichtung in gleicher Weise wird Genüge geschehen (Unruhe). Eine persönliche Pflicht darf man nicht aufgeben, um seiner Prätatbezeichnung zu pflegen. Auf welcher Seite des Hauses sollen denn nur die Nachfolger dieses Ministeriums zu suchen sein? (Unruhe.) M. H., Sie wissen, die Verfassung gibt dem Könige das Recht, seine Rathgeber zu wählen, Niemand anderes. Sie sagen, dieses Ministerium kann dem Lande nicht nützlich sein, wenn es nicht das Vertrauen der Majorität des Abgeordnetenhauses hat. (Sehr richtig! Ruf: „des Landes“!) Diese beiden, wie es scheint, nicht immer verhältnismäßig Prinzipien stehen einander gegenüber. Wenn Se. Majestät der König Vertrauen zu den Intentionen der Majorität dieses Hauses hätte, so würde er wahrscheinlich längst uns entlassen haben und Minister aus Ihren Reihen gewählt haben. Hat er das nicht gethan, so glaube ich, ist der Schluß erlaubt, er hat das Vertrauen nicht. Soll nun, um irgend einer constitutionellen Theorie willen, der König gezwungen werden, sein gutes verfassungsmäßiges Recht aufzugeben? (Unruhe.) Die anderen Parteien des Hauses würden ja, wie ich zugebe, größere Chancen haben; allein wäre nicht bei ihnen ganz derselbe Fall, der gegenwärtig stattfindet. Sind Sie denn im Besitz der entscheidenden Mehrheit, des entscheidenden Gewichts für alle Verhandlungen und für alle Fragen, die zwischen dem Lande und der Regierung schwelen? Ich glaube, es ist kein Bewußtsein so stark, um das sagen zu können.

Es bleibt also in der That nichts übrig, als die Aufrechthaltung des verfassungsmäßigen Rechtes des Königs, und die Minister werden nach meiner Auffassung stets Ehrgefühl genug haben, um nicht den König zu nötigen, daß er seine Rathgeber sucht aus einer Partei, der er nicht vertraut. (Große Unruhe und Sensation.) Es sieht keine Partei in diesem Hause, auf welche die beiden Kriterien passen. Das erklärt unser Verbleiben im Amt, nicht ehrgeizige Absichten, noch weniger Rücksichten für Wohlleben und Einfluß. Wer diese beiden Kriterien zu vereinen weiß, der wird jedenfalls das Eis Columbus gefunden haben; aber ich meine, der gefundene Wiss der Herren reicht dazu nicht aus. (Unruhe.) Sie sagen, nach einer solchen Erwähnung, und zwar mit einem Recht: die Regierung hat daher die Pflicht, für eine andere Vertheidigung zu sorgen, d. h. das Haus aufzulösen. (Sehr richtig!) Das ist ebenfalls vollständig correct nach einer constitutionellen Theorie, allein, m. H., die Sache steht doch so einfach, wie Sie glauben. Die Regierung weiß, die Regierung steht und schlägt sehr wohl die Bedeutung der Parteidorganisation, deren sich die Majorität dieses Hauses erfreut, die Regierung weiß so viel von diesen Einrichtungen, um zu ermessen, daß bei der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung (hört, hört! große Bewegung) der Kampf gegen diese Parteidorganisation nur zweifelhafte Aussichten darbietet.

